№ 349 Abend-Ausgabe

Berlin

Mittwoch, 11. Juli 1917

Vossische Zeitung

Begründet 1704

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin ★ Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 ★ Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801 bis 11 806, 15 296, 15 281 bis 15 291. Zentrum 8690

Das Zentrum fordert Bethmanns Rücktritt.

Glänzender Sturmerfolg der Marine-Infanterie. — Die Engländer über die Yser zurückgeworfen. 1250 Gefangene.

Der Bericht des Hauptquartiers.

Großes Hauptquartier, 11. Juli.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Im Dünenabschnitt des Marine-Korps stürmten gestern Teile der kampfbewährten Marine-Infanterie nach planmäßiger, wirkungsvoller Feuervorbereitung die von den Franzosen stark ausgebauten, seit kurzem von Engländern übernommenen Verteidigungsanlagen zwischen der Küste und Lombartzyde.

Der Feind wurde über die Yser zurückgeworfen.

Ueber 1250 Gefangene, dabei 27 Offiziere, sind eingebracht worden; die englischen Verluste in dem stark beschossenen Gelände zwischen Meer und Fluß sind sehr hoch, die Beute steht noch nicht fest.

Wieder trugen unsere Flieger in tatkräftigster Weise trotz heftigen Sturmes zu dem vollen Erfolge des Tages wesentlich bei.

Bei den anderen Armeen der Westfront hielt sich infolge regnerischen Wetters die Gefechtstätigkeit in geringen Grenzen. Einige Erkundungsunternehmen von sächsischen, rheinischen und Garde-Truppen bei Reims, östlich der Argonnen und zwischen Maas und Mosel zeitigten gute Ergebnisse.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Ostsee und Schwarzem Meer keine größeren Kampfhandlungen.

Die Bewegungen südlich des Dnjestr sind bisher wie geplant vollzogen worden.

Mazedonische Front.

Bulgarische Streifabteilungen rieben östlich des Dojran-Sees einen englischen Posten auf. In der Struma-Ebene schoß die englische Artillerie mehrere Ortschaften in Brand.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Die englische Kommune Petersburg.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

Stockholm, 10. Juli.

Wie mir von gutunterrichteter Seite aus Petersburg berichtet wird, hat mit Einverständnis der britischen Regierung ein englisches Bankenkonsortium sich nunmehr bereit erklärt, der von einem unmittelbaren Bankerott bedrohten Petersburger Stadtverwaltung eine Anleihe zu gewähren, aber unter Bedingungen, die tatsächlich eine völlige „Britisierung" der Petersburger Stadtleitung bedeuten. Der Petersburger Magistrat erhält einen englischen Kommissar, der die gesamte städtische Wirtschaft zu überwachen hat, und unter dessen Kontrolle die städtischen Einnahmen und Ausgaben stehen. Alle der Stadt gehörenden Immobilien, Barbestände, Wertpapiere, sowie die städtischen Straßenbahnen, Gasanstalten, elektrischen Anlagen, Wasserleitungen, Schlachthöfe und Elevatoren und anderes mehr werden dem Konsortium mit allen Verfügungsrechten als Pfänder überschrieben. Eine Liste dieser Pfandobjekte wird bereits aufgestellt durch eine Kommission, bestehend aus den beiden Stadträten Petrow und Galjaschkin, sowie dem städtischen Rechtskonsulenten und dem städtischen Oberbuchhalter. Anstellungen im städtischen Dienst bedürfen der Zustimmung des englischen Kommissars; Geldanweisungen, Quittungen und dergl. der Stadtverwaltung sind nur nach Gegenzeichnung des englischen Kommissars oder dessen Bevollmächtigten gültig. Da die Petersburger Polizei (Stadtmiliz) durch die provisorische Regierung der Stadtverwaltung unterstellt worden ist, erscheint der englische Kommissar gleichzeitig auch als Chef der Petersburger Polizeigewalt, was angesichts der auch rein politischen Rolle, die die Stadtmiliz gegenwärtig dort spielt, von besonderer Bedeutung ist.

Des Weiteren wird mir mitgeteilt, daß für die ebenfalls völlig bankerotten Städte Moskau, Kiew, Odessa und mehrere andere eine ähnliche englische „Sanierung" geplant wird, so daß binnen kurzem die Verwaltung sämtlicher russischer Großstädte, Polizeibehörden, Steuerämter, Kasernen inbegriffen, an englische Finanzinstitute (oder, richtiger gesagt, an die hinter diesen stehende britische Regierung) übergehen wird.

Ein sehr wichtiger Posten in dieser fein ausgeklügelten Londoner Rechnung dürfte allerdings nicht stimmen. Die gegenwärtig in ganz Rußland vor sich gehenden städtischen Wahlen auf weitgehender demokratischer Grundlage ergeben überall — die bereits vollzogenen Petersburger Wahlen haben dies deutlich gezeigt — eine ganz gewaltige sozialistische Majorität, und diese dürfte kaum geneigt sein, die Rolle stummer englischer Handlanger zu spielen.

Max Th. Behrmann.

Der Kronprinz in Berlin.

Die von uns heute morgen bereits gebrachte Nachricht, daß der Reichskanzler gestern sein Entlassungsgesuch eingereicht hat, bestätigt sich. Sie kann heute noch durch die gerüchtweise auftauchende Lesart ergänzt werden, daß gleichzeitig auch die übrigen Mitglieder des preußischen Staatsministeriums ihre Entlassung gegeben haben. Eine Entscheidung des Kaisers ist noch nicht erfolgt. Er steht auf dem Standpunkt, daß die beabsichtigte Aenderung der Verhältnisse so tief in das Verfassungsleben des Reiches und Preußens eingreife, daß er sie nicht ohne Besprechung mit dem Thronfolger durchführen zu können vermeint. Er hat deshalb den Kronprinzen nach Berlin berufen, der heute morgen mittels Sonderzuges über Hannover in Berlin eingetroffen ist. Eine in parlamentarischen Kreisen verbreitete Nachricht, es habe bereits um 12 Uhr im Reichskanzlerpalais eine neue Sitzung des Kronrats, und zwar im Beisein des Kronprinzen, begonnen, ist jedoch unzutreffend. Bis zur Stunde ist eine neue Kronratssitzung noch nicht anberaumt worden.

Was den Kanzler zur Einreichung seiner Entlassung bewogen hat, ist vorläufig nicht bekannt. Man könnte meinen, daß er auf diese Weise lediglich die Entschließungen des Kaisers habe erleichtern wollen. Es dürfte aber aller Wahrscheinlichkeit nach nicht ganz ohne Einfluß auf seinen Entschluß die bisher noch nicht bekannte Tatsache gewesen sein, daß die Zentrumsfraktion in bemerkenswert scharfer Weise gegen ihn Stellung genommen hat. Wie wir ganz zuverlässig hören, hat am gestrigen Tage die Vorstandschaft des Zentrums im Auftrage der gesamten Fraktion an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem dem Sinne nach das Folgende steht:

„Die Vorstandschaft der Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages steht in dem weiteren Verbleiben des Reichskanzlers auf seinem Posten eine Erschwerung der Herbeiführung des Friedens."

Dieser Brief des Zentrums, dessen Auffassung sich die Elsässer in vollem Umfange angeschlossen haben, ist nach mehrfacher Richtung äußerst bemerkenswert. Er zerstört mit rauher Hand die von den Freunden des Reichskanzlers verbreitete Legende, daß lediglich die nationalliberale Fraktion das Scheiden des Kanzlers wünsche. Diese Legende wurde dazu benutzt, es so darzustellen, als ob es sich beim Vorgehen der Nationalliberalen um eine Aktion der deutschen Schwerindustrie handele, die an die Stelle des friedensbereiten Kanzlers einen sogenannten „starken Mann" zu stellen wünsche. Eine solche Absicht kann man dem Zentrum nicht unterschieben, da ja der Wunsch zu einer neuen Erklärung der Friedensbereitschaft durch den Reichstag wesentlich durch den Abgeordneten Erzberger, hinter den sich dann seine Fraktion gestellt hat, betrieben worden ist. Ferner aber ist der Brief des Zentrums auch um deswillen bemerkenswert, weil er über der gewiß an sich sehr wichtigen Frage der Parlamentarisierung doch nicht die Kernfrage der Situation vergessen läßt, die Frage, ob die diplomatischen Fähigkeiten des Herrn v. Bethmann Hollweg irgendwelche Garantie dafür bieten, daß er mit der Handhabe, die ihm der Reichstag in die Hand zu drücken beabsichtigt, irgendetwas Brauchbares anzufangen wissen wird. Schließlich muß doch immer wieder betont werden, daß einzig und allein die mangelnde Geschicklichkeit unseres bisherigen leitenden Staatsmannes es überhaupt notwendig gemacht hat, daß trotz der außerordentlichen Erfolge unserer Heere und unserer Marine der Reichstag gezwungen ist, die weitere Fortführung der weltpolitischen Aktion durch sein Dazwischentreten zu unterstützen. Wie wenig Herr v. Bethmann Hollweg selbst naheliegende Dinge in der vollen Tragweite zu erfassen vermag, hat er doch gerade in der jetzigen Krise noch gezeigt, der er in ihrem Anbeginn vollkommen verständnislos gegenüberstand. Er hat zunächst geglaubt, daß die kurze Tagung, zu der der Reichstag einberufen war, genau nach dem Schema früherer Tagungen verlaufen würde. Vielleicht mag das noch entschuldbar sein. Aber nach den ersten Vorgängen im Hauptausschuß hat er noch immer geglaubt, es handle sich um ein Wellengekräusel, das durch eine gute Rede in der Vollsitzung des Reichstages vollkommen geglättet werden könnte. Und er war es doch schließlich, der vor zwei Jahren nicht einsehen wollte, daß schnelle Reformen die billigsten sind.

Infolge der entschiedenen Stellungnahme des Zentrums hat, wie uns ferner mitgeteilt wird, der Abgeordnete Spahn die tatsächlich an ihn ergangene Berufung zum preußischen Justizminister abgelehnt. Der Abgeordnete Spahn hat damit den nach unserer Auffassung selbstverständlichen Standpunkt bekundet, daß er als Parlamentarier nur in Uebereinstimmung mit seiner Fraktion ein Ministeramt übernehmen könne. Die Tatsache der Berufung Spahns ist ein Fingerzeig dafür, wie Herr v. Bethmann Hollweg sich die sogenannte Parlamentarisierung denkt.

Er möchte heute diesen und nach ein paar Wochen jenen Abgeordneten zum Minister machen, d. h. er möchte ohne jede Aenderung des Systems sich die Gunst der einzelnen Fraktionen erkaufen. Der grundlegende Fehlschluß in solchem Gedankengang liegt natürlich darin, daß ein Ministerium mit Parlamentariern, die nicht Vertrauensleute ihrer Parteien sind, selbstverständlich bei den Fraktionen viel größeren Widerstand finden muß als ein Beamtenministerium. Der Vorteil, der für den leitenden Staatsmann und namentlich auch für die Krone in jeder Art parlamentarischen Systems liegt, ist ja gerade der, daß die Parteien zu den Ministern, die sie entsenden, dann auch stehen.

Bei dem Kampf der Parteien um das Verbleiben oder das Ausscheiden des Reichskanzlers spielt nach unserer Kenntnis der Dinge die Person des eventuellen Nachfolgers eine große Rolle. Leider ist ja kein Mann vorhanden, den auf dem Reichskanzlerposten zu sehen, der einmütige Wunsch des gesamten Volkes ist. Einen politischen Hindenburg haben wir eben nicht. Es wird eben notwendig sein, denjenigen Mann zu finden, der unter den gegebenen Umständen die politische Kriegführung am besten wird handhaben können.

Wählt der Kaiser einen solchen Mann, so erscheint uns sein Name, sein Herkommen und seine frühere Geschichte ganz gleichgültig. Wir vermeiden es absichtlich, hier Namen zu nennen. Wir möchten aber doch darauf hinweisen, daß dem deutschen Volk nicht das Armutszeugnis ausgestellt werden darf, daß man einen Mann, mit dem die große Mehrheit des Volkes nicht einverstanden ist, deshalb im Amte erhalten muß, weil sich unter 65 Millionen Deutschen kein Befähigter finden sollte. Solcher Beweisführung müßte namentlich Herr v. Bethmann Hollweg selbst entgegentreten. Denn ein Geschäftsführer, der ein Jahrzehnt im Amt ist, ohne Nachfolger zu erziehen, spricht sich selbst sein Todesurteil. Ein Teil der linksstehenden Parteien ist seltsamerweise noch immer von der Furcht vor dem sogenannten starken Mann beseelt. Diese Parlamentarier verkennen merkwürdigerweise vollkommen die günstige Lage, die für die Durchsetzung ihrer eigenen Forderungen jetzt entstanden ist. Denn es gibt heute keinen Mann von irgendwelchem Einfluß mehr, der sich grundsätzlich weitgehenden Reformen in Preußen und im Reiche widersetzen könnte. Zu den verhängnisvollsten Legenden, die nach dieser Richtung hin gewirkt haben, gehört die, daß im preußischen Staatsministerium ein starker Widerstand